

gegeben wird, was bisher in der kirchlichen Lehre über die menschheitlich-objektive, in Jesus Christus gipfelnde Offenbarung gesagt wurde. Was Biemer dazu ausführt, wird von mir in keiner Weise bestritten; es wurde nur in meinen Ausführungen nicht thematisiert, eben weil es von dem neu zu akzentuierenden individuell-subjektiven Glaubenszugang nach meinem Verständnis grundsätzlich unberührt bleibt. Ich bin Günter Biemer dankbar, daß er auf die Gefahr aufmerksam gemacht hat, zu denken, diese menschheitlich-objektive Offenbarung könne aufgrund des neuen Zugangs zurücktreten. Dies ist nämlich keineswegs der Fall. Der heute neu zu akzentuierende individuell-subjektive Glaubenszugang setzt vielmehr die objektive Offenbarung voraus, er ist nur von ihr her möglich, auch wenn er sich in bestimmten einzelnen Problemsituationen sporadisch von ihr absetzt.

Bücher

Arbeit und Wirtschaft aus kirchlicher Sicht

Franz Segbers, Streik und Aussperrung sind nicht gleichzusetzen. Eine sozialetische Bewertung, Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 37, Bund-Verlag, Köln 1986, 408 Seiten.

Was im Titel dieses Buches provokativ wie eine Flugblatt-Parole anmutet, erweist sich bei näherer Betrachtung als solide wissenschaftliche Arbeit. Franz Segbers, früher Pastoralreferent und katholischer Betriebsseelsorger in Frankfurt/Höchst, hat sie schließlich dem Würzburger Sozialetiker und Moraltheologen Wilhelm Dreier zur Promotion vorgelegt. Den Titel scheint der Autor gleichwohl ganz bewußt gewählt zu haben, denn sein Buch läßt Standort erkennen, verrät eine Option. Bei aller Sorgfalt in Analyse und sozialetischer Bewertung ist doch Betroffenheit zwischen den Zeilen herauszuspüren. Das gelingt nur einem, der im Arbeitskampf selbst weit vorne mit dabei war.

Franz Segbers hat sozusagen noch „Pulverdampf“ aus dem Jahre 1984 in der Nase. Sein „Doktorvater“ bescheinigt ihm in seinem Vorwort, daß es sich bei dieser Arbeit um eine „Art Praxisreflexion“ handle, die jedoch alle bisherigen wissenschaftlichen Versuche, den Arbeitskampf zu bewerten, hinzuziehe. Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Die Aussperrung hat – sozial-ethisch betrachtet – keinen Platz mehr, wenn sie die durch Streik errungene Parität zwischen Arbeit und Kapital im Handstreich wieder zunichte macht. „In der Suche nach Gerechtigkeit und Gleichheit im Verteilungskampf um Entscheidungsmacht zwischen Kapital und Arbeit ist eine Verhinderung der Aussperrung ein wichtiges Element . . .“ (380).

Das Buch orientiert sich in seinem Aufbau an der bekannten Methodik der CAJ: „Sehen – Urteilen – Handeln“. So werden im ersten Teil Streiks und Aussperrungen in der Bundesrepublik in den Jahren von 1963 bis 1984 beschrieben und sozialwissenschaftlich analysiert. Besondere Aufmerksamkeit schenkt Segbers natürlich dem Verhalten der Kirche im Arbeitskampf. Und dabei kommt er zum Ergebnis, daß zumindest die katholische Kirche all diese Arbeitskämpfe kaum zur Kenntnis genommen hat, und wenn, dann nur mit erheblichem Unbehagen. Typisch ist dabei, daß die Aussperrung schlechterdings als „Anhängsel“ des Streiks betrachtet und problemlos hingenommen wird.

Der zweite Teil („Urteilen“) bezieht sich stark auf das päpstliche Rundschreiben „*Laborem exercens*“ und nimmt dieses sozusagen beim Wort: Die ethischen Kriterien wie z. B. „Parität“ zwischen Arbeit und Kapital, Bedeutung der Arbeit für den Menschen, Recht auf Koalition und Sozialpflichtigkeit des Eigentums verbieten von vornherein eine ethische Gleichbewertung der Aussperrung mit dem Streik. Betrachtet man darüber hinaus noch die bei Aussperrungen angewandte Taktik der vergangenen Jahre, so verrät diese allemal, daß das im Streik punktuell aufgehobene Machtungleichgewicht umgehend wiederhergestellt wird.

Im letzten Teil versucht Segbers, alternative Handlungsperspektiven aufzuzeigen. Ausgehend von alternativen juristischen Bewertungen und Modellen, beurteilt er taktische,

rechtliche und tarifpolitische Beschränkungen der Aussperrungsfreiheit, wie z. B. Friedensabkommen usw. Die eigentliche Konkretisierung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums aber sieht er in der Forderung nach einem Verbot der Aussperrung. Der in der Katholischen Soziallehre immer wieder geforderte „Vorrang der Arbeit“ müsse auch und gerade im Arbeitskampf gewährleistet sein. Kapital legitimiere sich nur dann, wenn es der Arbeit diene. So nachzulesen im päpstlichen Rundschreiben „Laborem exercens“ (Kapitel 143).

Ein lesenswertes Buch, um so mehr, als inzwischen die Neuregulierung des umstrittenen „Aussperrungsparagraphen 116 AFG“ das grundgesetzlich gewährleistete Streikrecht durch Einschränkung der Streikfähigkeit gefährdet und für einen zukünftigen Arbeitskampf die Folgen der „kalten“ Aussperrung gar nicht abzusehen sind.

Paul Schobel, Böblingen

Ernst Leuninger, Bildungsarbeit und Arbeiterbildung. Ein Vergleich der Erwachsenenbildungskonzeptionen von katholischer Kirche und Gewerkschaften, Lexika-Verlag, München 1985, 370 Seiten.

Das Buch ist eine gekürzte Ausgabe einer wissenschaftlichen Arbeit über das Verhältnis von katholischer Erwachsenenbildung und gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Als wesentliche Grundlagen des Vergleiches zieht der Autor den Synodenbeschluß der Gemeinsamen Synode (Würzburg, 1975) heran: „Kirchliche Verantwortung im Bildungsbereich“ und auf der Gewerkschaftsseite das Grundsatzprogramm (Düsseldorf, 1981), Abschnitt: „Bildungsgrundsätze und Bildungsplanung“. Zustandekommen, Inhalt und Beurteilung der Kirchen- und Gewerkschaftsbeschlüsse umfassen 120 Buchseiten. Es folgt dann eine Gegenüberstellung der Positionen, um Übereinstimmung und Verschiedenheiten festzuhalten. Während die Katholiken ihr Erwachsenenbildungsziel „in der Entfaltung der menschlichen Anlagen und in der Befähigung des Menschen im Dienst am Mitmenschen, an der Welt und am Reich Gottes“ (45) sehen, sagen die Gewerkschafter: „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß parteilich sein im Interesse der Arbeitnehmer!“ (95). „Informieren um zu verändern“

ist ein wichtiges gewerkschaftliches Ziel. Es werden im Buch auch feinere Unterschiede aufgezeigt, wie unterschiedlich etwa mit Wörtern „Emanzipation“, „Gleichheit“, „Chancengleichheit“ umgegangen wird. Eine besondere Rolle hat in beiden Konzeptionen der Begriff „Menschenwürde“, wenn er auch sehr unterschiedlich begründet wird (238–306). Den Abschluß des Buches bilden der Versuch einer Theoriebildung und ein Kapitel über die Geschichte der Arbeiterbildung in Deutschland (222–235).

Obwohl sich das Buch auf Deutschland (BRD) beschränkt, ist es eine Fundgrube für Spezialisten, die sich mit Bildung beschäftigen und vor allem ein Interesse daran haben, wie sich Bildungsansätze geschichtlich, nicht zuletzt durch wirtschaftliche Entwicklungen, verändern. Es wird deutlich aufgezeigt, wie man in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ Arbeiterbildung auf berufliche Weiterbildung beschränkte und man kirchlicherseits meinte, Arbeiterbildung könnte in allgemeiner Erwachsenenbildung aufgehen (25). Daß dies nicht eintraf, bewiesen zehn Jahre später alleine die Schul- und Bildungshausstatistiken. Ebenso zeigt das Buch gut auf, daß Arbeiterbildung eigene Arbeitsorganisationen betreiben müssen (229f). Sie beschränkt sich auf KAB, KAJ und Betriebsseelsorge. Für den „Normalverbraucher“ ist das Buch allerdings in seiner ganzen Anlage zu kompliziert.

Hans Gruber, Linz

Anton Wohlfarth, Leistung und Ethos. Überlegungen zu Entstehung und Kritik der industriellen Gesellschaft, Verlag Schöningh, Paderborn – München – Wien – Zürich 1984, 267 Seiten.

Das für die moderne Industriegesellschaft wichtige Leistungsprinzip wird immer mehr in seinen Grenzen durchschaut. Deutlich sind die Zerstörungen und Kosten, die mit der anhaltenden technischen und wirtschaftlichen Expansion verbunden sind. Die hier vorliegende Habilitationsschrift aus Mainz nimmt das aktuelle Unbehagen an der industriellen Gesellschaft zum Anlaß, ihren sachlichen und ideengeschichtlichen Voraussetzungen und Ansprüchen auf den Grund zu gehen. Es sollen Maßstäbe gewonnen werden, die auf Dauer geeignet sind, sowohl der

Glorifizierung als auch der Verteufelung des Leistungsprinzips argumentativ zu begegnen. Der leitende Gedanke der Arbeit wird aus der christlichen Anthropologie gewonnen: Jede instrumentelle Leistung hat einem Menschen- und Gesellschaftsbild zu dienen, das seine tiefste Begründung nicht im Prinzip Leistung findet.

Ausgehend vom gegenwärtigen Zweifel an der Leistung, wird ideengeschichtlich der Weg zur Leistungsgesellschaft seit dem Mittelalter untersucht (Mittelalter, Renaissance, Reformation, Aufklärung, Liberalismus, Neoliberalismus). Der nächste Schwerpunkt ist die marxistische und marxistisch beeinflusste Kritik an der industriellen Leistungsgesellschaft durch Marx, Rudolf Bahro, Ernest Mandel, Habermas und Offe, Herbert Marcuse und Erich Fromm.

In Auseinandersetzung mit Erich Fromm, Augustin (*ordo amoris*), Thomas von Aquin (*inclinationes naturales*) und J. Monods ethischem Ansatz erarbeitet Wohlfarth das christliche Leistungsethos. Ohne einen schöpfungstheologischen Hintergrund, so lautet das Ergebnis, laufen alle Leistungen des Menschen Gefahr, sich als Illusion vermeintlicher Autonomie zu erweisen.

Axel H. Stark, Passau

Eugen Baldas, Katholische Soziallehre im Religionsunterricht des Gymnasiums, Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1986, 524 Seiten.

Diese Freiburger Dissertation geht dem gegenwärtigen Defizit nach, das der Religionsunterricht in bezug auf die Katholische Soziallehre besitzt. Dieses Defizit ist deshalb so verwunderlich, weil die Päpste, das Zweite Vatikanische Konzil, die Bischofssynode 1977, auch die Würzburger Synode, die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken die Vermittlung Katholischer Soziallehre seit langem anregen. Baldas stellt dieses Defizit fest, leider fragt er aber nicht nach den möglichen Ursachen. Er entwickelt dann den Begriff Katholische Soziallehre und befragt baden-württembergische Religionslehrer an Gymnasien für die Klassen 9 bis 13. Das Fazit der Lehrerbefragung bestätigt den Ausfall kirchlicher Soziallehre im Religionsunterricht und auch in

der Religionslehrerausbildung. Eine Analyse der amtlichen Erwartungshorizonte und Unterrichtshilfen folgt. Dann wird, ausgehend von allgemeindidaktischen Ansätzen (Klafki, Schulz, Winkler, Möller und von Cube) ein didaktischer Rahmen zur Behandlung von Unterrichtsthemen im Religionsunterricht unter Berücksichtigung der Katholischen Soziallehre erstellt. Konkretisiert wird dies mit einem Vorschlag einer Unterrichtseinheit zu „Laborem exercens“. Ein ausführliches Verzeichnis amtlicher Erwartungshorizonte, Unterrichtshilfen und der Literatur schließen dieses „Standardwerk für die Einbeziehung eines wesentlichen Themenbereichs in den katholischen Religionsunterricht“ (Günter Biemer) ab.

Axel H. Stark, Passau

Hugo Bogensberger – Thomas M. Gannon – Klaus Zapotoczky (Hrsg.), Religion und sozialer Wandel, Veritas-Verlag, Linz 1986, 179 Seiten.

Es ist die Absicht der acht Autoren, vor allem Menschen, die kirchliches Leben heute gestalten, Anregungen für ihr Handeln unter den jetzigen in der „nachneuzeitlichen“ Gesellschaft und Kultur gegebenen Bedingungen zu geben.

Im ersten Beitrag untersucht der amerikanische Jesuit Gannon die Wechselwirkung von religiösem und sozialem Wandel. Der Soziologe O'Dea liefert dann eine Begründung dafür, warum hochinstitutionalisierte religiöse Gebilde wenig bis keine Chance haben, Menschen existentiell in ihren Lebensfragen zu erreichen. Mit der Wechselwirkung der Entwicklung religiöser Motivation und der Zugehörigkeit zur religiösen Institution befaßt sich der Direktor des Wiener Instituts für kirchliche Sozialforschung, H. Bogensberger. Der Linzer Soziologe Zapotoczky versucht, die Sinngebungs- und Sinnvermittlungsfunktion der christlichen Religion darzustellen. Historische und systematische Überlegungen zur Entkoppelung von Religiosität und Kirchlichkeit in Österreich stellt der Journalist Pawlowsky an. Diese Entkoppelung ist kein Ergebnis des sozialen Wandels der Gegenwart allein, sondern weist eine lange geschichtliche Entwicklung auf. Den Blick auf die Entwicklungsländer lenkt

der Missio-Referent *H. Janssen*. Sein Beitrag heißt: Solidarität, Lebenseinheit und Basisgemeinschaften in Afrika.

Die Lebensbedingungen für Religion und Kirche in einem Gesellschaftssystem mit einer konkurrenzierenden Weltanschauung untersucht der Soziologe *M. Tomka* am Beispiel Ungarns. Die Bedeutung des Rechts für die Kirche am Beispiel des geltenden Gesetzbuches, des CIC von 1983, beschreibt der Linzer Kirchenrechtler *Pree*.

Gewidmet ist der Band dem (verstorbenen) Hochschulseelsorger Prälat Karl Strobl.

Axel H. Stark, Passau

Franz Moser, Wirtschaft und Religion. Der Religionsunterricht an den kaufmännischen Schulen, Verlag Herder, Wien – Freiburg – Basel 1986, 264 Seiten.

Wirtschaft und Religion sind zwei Bereiche, die sich im Laufe der neuzeitlichen Geschichte getrennt haben: Wirtschaft gilt als „wertfrei“, sie folgt ihren eigenen Gesetzen und Sachzwängen. Eine christliche Wirtschaftsethik, die mehr als die Bestätigung des sich vollziehenden Wirtschaftsprozesses sein will, tut sich in dieser Situation schwer. Problematisch ist dies auch für einen Berührungspunkt von Religion und Wirtschaft: dem Religionsunterricht an kaufmännischen Schulen.

Der Religionspädagoge Moser geht in drei Abschnitten der Frage nach: Welchen Beitrag kann der Religionsunterricht in der Berufsausbildung für Tätigkeiten in der Wirtschaft, der Verwaltung und im Dienstleistungsbereich leisten, und welche Ansprüche stellt das Christentum an diese Bereiche?

Zuerst wird die historische Entwicklung, dann die gegenwärtige Situation des Religionsunterrichts an kaufmännischen Schulen anhand des Lehrplans 1983 analysiert. Im dritten Teil werden Begründungselemente für jene Ziele und Inhalte des Religionsunterrichts gesucht, die mit dem speziellen Bildungsziel der kaufmännischen Lehranstalten korrelieren. Die Arbeit geht von der Situation der kaufmännischen Schulen in Österreich aus, die Ergebnisse gelten aber auch in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. *Axel H. Stark, Passau*

Gegen Unmenschlichkeit in der Wirtschaft. Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“. Aus deutscher Sicht kommentiert von *Friedhelm Hengsbach*, Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1987, 220 Seiten.

Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“ ist in mehrfacher Hinsicht ein bedeutendes Dokument. Zunächst erregte er, vor allem sein erster Entwurf, die Gemüter vieler Verantwortlicher in Politik, Wirtschaft und Kirche – was man von den wenigsten kirchlichen Dokumenten behaupten kann. Außerdem beschäftigten sich die amerikanischen Bischöfe in diesem Hirtenbrief auch nach Ansicht ihrer schärfsten Kritiker so intensiv mit der ökonomischen Situation in ihrem eigenen Land, wie dies noch keine Bischofskonferenz zuvor je versucht hat.

Daß der Hirtenbrief soviel Aufmerksamkeit erlangte, verdankt er zwei grundlegenden Charakteristiken. Da ist zunächst die einmalige Art seiner Entstehung. Im Gegensatz zur diskreten Vorbereitung vieler kirchlicher Dokumente suchten die amerikanischen Bischöfe von Anfang an die Diskussion mit Fachleuten und arbeiteten sich durch Zehntausende Seiten kritischer Anmerkungen durch. Die Entstehung dieses Hirtenbriefes aus der öffentlichen Diskussion ist beispiellos. Dies gilt gleichermaßen für die konsequente Anwendung eindeutiger wirtschaftsethischer Grundpositionen. Die Bischöfe beurteilen das wirtschaftliche System aus der Sicht der Benachteiligten und fragen, „was es für die Menschen leistet und an ihnen bewirkt und wie es die Teilnahme aller an ihm ermöglicht“. Auf die amerikanische Wirtschaft bezogen, kommen sie dabei zu schockierenden Antworten. Trotz hoher Wachstumsraten haben über acht Millionen Amerikaner keinen Arbeitsplatz, verdienen über 30 Millionen so wenig, daß sie auch nach der offiziellen Statistik der Regierung als „arm“ gelten. Außerdem trage die amerikanische Wirtschaft, so die Bischöfe, durch ihre Machtposition in der Weltwirtschaft zum weltweiten Massenelend bei.

Dieser Zustandsbeschreibung setzt der Hirtenbrief seine Forderung nach Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit entgegen. Die

praktischen Vorschläge erregten schnell den Zorn der Wirtschaft: Die Bischöfe verlangen eine Vollbeschäftigungspolitik mit staatlichen Vorgaben, eine umfassende, gesetzlich geregelte soziale Sicherung, die Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungen und gerechtere Welthandelsbedingungen für die Entwicklungsländer.

Doch so erfreulich und ermutigend diese klaren ethischen Grundpositionen im Hirtenbrief sind, so stark schimmert auch die soziale Rückständigkeit der amerikanischen Gesellschaft und ihrer wirtschaftspolitischen Diskussion durch. Neue Kernfragen der mitteleuropäischen Diskussion wie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen oder einem Grundeinkommen für alle Bürger werden im Hirtenbrief allenfalls in Nebensätzen erwähnt. Auch die in unseren Breiten häufig diskutierte „ökologische Grenzen des Wachstums“ beschränken sich im Hirtenbrief auf den landwirtschaftlichen Bereich. All dies relativiert die Bedeutung des US-Hirtenbriefes „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“ für die hiesige Diskussion im Detail – nicht jedoch im allgemeinen. Denn die ethischen Grundfragen der amerikanischen Bischöfe an ihre wirtschaftliche Realität stellen sich auch hierzulande: „Wir beurteilen jedes Wirtschaftssystem danach, was es für die Menschen leistet und an ihnen bewirkt und wie es die Teilnahme aller an ihm ermöglicht.“ Schließlich muß jede Wirtschaft „dem Menschen dienen, und nicht umgekehrt“. *Wolfgang Kessler, Konstanz*

Theologie im Dialog – Gesellschaftsrelevanz und Wissenschaftlichkeit der Theologie. Festschrift zum 400-Jahr-Jubiläum der Karl-Franzens-Universität in Graz, Verlag Styria, Graz 1985, 272 Seiten.

Es gibt für einen Rezensenten keine undankbarere Aufgabe, als Sammelbände zu besprechen. Den zahlreichen Autoren einzeln gerecht zu werden, ist unmöglich. Deshalb können hier notgedrungen nur Einblicke vermittelt und thematische Schwerpunkte gesetzt werden. Zu ihrem 400-Jahr-Jubiläum hat die Theologische Fakultät der Universität Graz einen Sammelband mit Beiträgen ihrer Mitglieder herausgegeben. Ziel ist

nicht, wie etwa der Haupttitel vermuten lassen könnte, die Begegnung mit anderen Religionen, sondern die Bedeutung der Theologie als Wissenschaft für die Gesellschaft. So wird nach dem Verhältnis von Glaube und Wissen im Horizont der Zukunft gefragt (A. Kolb). Diese Ausführungen gipfeln in der These, daß nicht das Bündnis zwischen Christen und Marxisten, sondern „die Allianz zwischen Religion und Wissenschaft“ die Hoffnung für das beginnende 3. Jahrtausend sein werde. Aus der Grundlagenkrise der Wissenschaften könne man zwar keine Stütze für den Glauben machen. Philosophisch durchdacht führe sie zur Erkenntnis der unbeweisbaren Voraussetzungen der Wissenschaft, zu einer befreienden Wiederentdeckung des Urvertrauens außerhalb der Entgegensetzung von Glaube und Wissenschaft, Theologie und Anthropologie. Dem ist unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die Theologie selbst schärfer als bisher überlegt, inwieweit das *begriffliche* Denken überhaupt der Maßstab des Glaubens sein darf.

Die Reflexionen des Dogmatikers zur Pneumatologie (W. Gruber) sind ein unerwarteter Beitrag in dieser Richtung. Das In-Christus-Sein in der Kraft des Heiligen Geistes wird als das tragende Geheimnis der Zeit, „als das Strukturprinzip der Einheit aller Zeiten“ ausgelegt. Mit Recht wird von der „Zeitwerdung des Geistes“ gesprochen, denn die biblische Geist-Zusage ist jeweils geschichtlich bedingt. So unverfügbar sie ist, so können sich der Glaubende und die Kirche auf ihrem Pilgerweg doch in jeder Situation auf sie verlassen. Daß Gottes Geist jeden Augenblick so wie in der Geschichte auch in der Natur als Schöpfung gegenwärtig ist, hätte ausdrücklicher mitbedacht werden müssen, um auch den geringsten Anschein eines Dualismus zu vermeiden.

In zwei weiteren Beiträgen wird die Sache der Theologie im Hinblick auf den Logosgedanken erläutert. Im großen Spannungsfeld von Philosophie und Theologie steht der Vergleich zwischen dem griechischen und biblischen Logos (K. M. Woschitz). Die fundamentale Bedeutung dieser Überlegungen besteht in der Klärung der griechischen Bestimmung der Wahrheit als Unverborgenheit des Seienden gegenüber dem biblischen

Wahrheitsbegriff als Erweis der *geschichtlichen* Treue Gottes. „Sein Sprechen begründet die Geschichte Israels und begleitet sie.“ Die Sätze des Glaubens verpflichten und fordern Entscheidungen innerhalb der Sprach- und Handlungsgemeinschaft der Glaubenden. Im *Johannesprolog* erreicht diese Sprachgeschichte Gottes mit dem Menschen ihren Höhepunkt. Daß dieser Text primär nicht dem Logos des Heraklit, sondern dem Schöpfungsbericht der Priesterschrift und alttestamentlicher Weisheitstradition verpflichtet ist, zeigt C. Schedl am Beispiel der Logos-Lehre nach dem aramäischen Targum Neophyti.

Religionsgeschichtliche Beiträge befassen sich mit dem biblischen Sündenfallbericht nach *koranischer* Deutung (K. Prenner) und mit gesellschaftlichen und religiösen Aspekten im *altbabylonischen* Atramhasis-Mythos (M. Hutter). Im einen Fall wird verständlich, daß der Islam schon kraft seiner von der jüdischen Interpretation wesentlich abweichenden Auffassung keine Erlösungsreligion sein kann. Im anderen Fall erkennen wir, daß bereits der genannte Vorläufer des biblischen Sintflutmythos um die Rettung des Menschen vor der totalen Vernichtung weiß. Blicke zu fragen, wie sich heute kritische Vernunft zur mythischen Überwindung menschlicher Hybris (Gewaltherrschaft) verhält. *Walter Strolz, Freiburg i. Br.*

Hartmut Esser (Hrsg.), *Die fremden Mitbürger. Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Ausländern.* Schriften der Kath. Akademie in Bayern, Bd. 110, Düsseldorf 1983, 119 Seiten.

Anhaltende hohe Arbeitslosigkeit hat die Anwesenheit von etwa 1,8 Millionen ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland – insgesamt etwa 4,5 Millionen Fremde – zum Problem werden lassen. Ausländerfeindlichkeit flammt in den Ballungszentren manchmal in erschreckenden Formen auf. Manche sprechen von einem neuen Rassismus und vergleichen die Ausländer hier mit den Schwarzen in Südafrika. Das Verhältnis der Deutschen zu Fremden hat eine lange, bittere Geschichte, die eine unbefangene Diskussion und eine menschengerechte

rechte, vernünftige Lösung der anstehenden Probleme fast unmöglich macht.

Ein Schritt zur Lösung wurde auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern getan; die Beiträge sind in dem Band „Die fremden Mitbürger“ zusammengefaßt. In zwei Beiträgen (E. F. Francis, H. Esser) wird die wissenschaftliche Diskussion zur Integrationsproblematik von ethnischen Minderheiten prägnant dargelegt. Begriffe wie Integration, Absorption, Assimilation werden geklärt. Es wird offengelegt, daß Integration verbunden mit sozialer, rechtlicher und politischer Ungleichheit kein gesellschaftlicher Gleichgewichtszustand ist, sondern zur Herausbildung einer ethnischen Unterschicht, zu ethnischer Segmentierung der Gesellschaft und damit eben nicht zu einer Integration von Minderheiten führt. Integration im Sinn einer multikulturellen Gesellschaft, die auf der Anerkennung der ethnisch unterschiedlichen Gruppen und ihrer kulturellen Identität beruht und strukturelle sowie rechtliche und politische Barrieren beseitigt, scheint unter den gegebenen Verhältnissen jedoch eine Utopie zu sein. Realistischerweise rechnen die meisten Beiträge mit einer Zunahme der Konflikte und einem Anwachsen von Spannungen. Die Schwierigkeiten, die Ausländer in der BRD haben, werden sowohl aus der Sicht einer verantwortlichen Kulturpolitikerin (H. R. Laurien) wie eines Türken (O. C. Unver) dargelegt.

Die Beiträge über Erfahrungen anderer Länder – USA und Frankreich – im Umgang mit ethnischen Minderheiten sind aufschlußreich und zeigen die Bedeutung der Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft, politische und soziale Hürden abzubauen und die kulturelle Identität der neuen Mitbürger zu respektieren, wie die Bereitschaft der Immigranten zu einer gewissen Veränderung ihrer Lebensweise für eine gelingende Integration.

Daß Christen aufgrund ihres Glaubens an die Universalität der Zuwendung Gottes zu allen Menschen sich die Aufgabe stellen müssen, eine „unverkürzt gelebte Humanität“ (Würzburger Synode) für alle zu ermöglichen, wird in einem Beitrag „Kulturelle Integration von Ausländern als christlicher Auftrag“ (W. Korff) überzeugend aufgezeigt.

Marita Estor, Bonn

Friedrich Gerhard, Der Fall Eumig. Ein Sanierungshandbuch für Unternehmer, Manager, Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre, Verlag Orac, Wien 1987, 328 Seiten.

Gerhard Friedrich – ab 1979 Wirtschaftsjournalist im ORF und Gestalter von Fernsehdokumentationen – war seit 1974 fünf Jahre lang als Leiter der Stabsabteilung Presse, Public Relations und Dokumentation bei der Firma Eumig beschäftigt. So schildert er als „Insider“ die 62 Jahre jenes weltbekannten, ehemals größten österreichischen Privatunternehmens, das 1981 den Konkurs anmeldete und schließlich 1986 auch im Handelsregister gelöscht wurde.

Die Geschichte des Unternehmens ist ein Spiegelbild der österreichischen Wirtschaft und Zeitgeschichte von 1919 bis 1986. Vor allem geht es dem Autor aber um die dabei agierenden Personen: Eigentümer, Führungskräfte, Mitarbeiter, Bankdirektoren, Politiker usw., die den Aufstieg und Niedergang des Unternehmens herbeigeführt haben. Detaillierte Darstellungen erlauben, das Handeln der Menschen, geprägt durch deren Persönlichkeit und verschiedenste Umgebungseinflüsse, nachzuvollziehen: Psychogramme von Einzelpersonen; Streit der Familienclans; Intrigen und Interventionen; Parallel-Führung in funktioneller Aufgabenteilung; Nicht-zur-Kenntnisnahme von Führungs- und Managementnotwendigkeiten; Zusammenspiel und Auseinanderdividieren von Firmennotwendigkeiten und Strukturpolitik.

Erfolge, vor allem aber Mißerfolge werden auf deren Ursachen hin durchleuchtet und als Knoten auf dem roten Faden zum Konkurs hin aufgereiht. Oft sind die Handlungen und Abläufe mit denen anderer Personen und Unternehmen – „Fälle“ – zum Verwechseln ähnlich. Dabei genießt der Autor sicher den Vorteil, alle Entscheide und deren Auswirkungen im nachhinein beurteilen zu können.

Spätestens während der 70er Jahre veränderten sich die Bedingungen für die Weltwirtschaft und damit auch für die österreichische Wirtschaft wesentlich. Das wurde von vielen Unternehmen nicht erkannt, weshalb man sich auch nicht darauf einstellen konnte. So ist dieses Buch, das diesen Wan-

del und dessen Auswirkungen am Beispiel der Firma Eumig beleuchtet, ein typisches „Fall“beispiel österreichischer Unternehmensgeschichte. Mehr noch, ein gut lesbares, verständliches, aber erschreckendes Dokument österreichischer Industriegeschichte.

Peter Morawek, Linz

Die Großstadt – auch Lebensform der Gesellschaft

Menschengerechte Stadt. Aufforderung zur humanen und ökologischen Stadterneuerung. Ein Beitrag der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1984, 178 Seiten.

Wie bereits der Titel des von der Kammer der EKD für soziale Ordnung vorgelegten Diskussionsbeitrags offenbart, stellt die „Studie“ die Menschen in den Mittelpunkt der Analysen und der daraus abgeleiteten Forderungen an die Praktiker der Stadtplanung. Erinnert man sich der Planungskonzepte von der „autogerechten“ Stadt der frühen 70er Jahre, so zeigt sich, daß diese neue Leitvorstellung historisch keineswegs selbstverständlich ist. Gleichwohl besteht im biblischen Denken eine bedeutende Tradition des Reflektierens über das Phänomen der Stadt, an die die Studie problemlos anknüpfen kann. Die Bibel kennt bereits das (in der Moderne voll ausgeprägte) Doppelgesicht der Stadt als dem Antagonismus der Städte Babylon, das als „Symbol titanischer Hybris“ dem Gericht verfallen ist, und Jerusalem, in dem sich Gottes Schalom (das „Heilsein und Ganzsein“ der menschlichen Gemeinschaft) konkretisiert. So wird Jerusalem zur „Vision einer zukünftigen Gottesstadt“. In ihrem Lichte wird das Handeln der Christen in der realen Welt als ein „Vorauswirken“ der gerechten Herrschaft Gottes verstanden.

Konkrete Handlungsperspektive soll die „überschaubare, offen gegliederte Stadt“ als Gegengewicht zur funktional durchrationalisierten Stadt sein. In der modernen Industrie, in Verwaltung, Handel und Verkehr, die die Stadt beherrschen, drücke sich eine zwar gesteigerte, jedoch nur partikuläre Rationalität aus, durch die sich das Leben in